

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreisbündstr. 5

66. Jahrgang

Berlin, den 24. März 1928

Nummer 24

Die Erneuerungsfrist für den
Postbezug des „Korrespondent“
läuft bis 25. jeden Monats.

Monatlicher Bezugspreis 1 RM. Bestellgebühr 12 Pf.
20 Pf. Postzuschlag für alle nach dem 25. eines
Monats ausgegebene Bestellungen.

Zur Situation

I. Ergebnislose Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium

Im rechtmäßigen Verfolg des Antrags des Deutschen Buchdrucker-Vereins auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsgerichts vom 9. März für das deutsche Buchdruckgewerbe hatte der Reichsarbeitsminister die Vertreter beider Parteien nach § 24 der zweiten Verordnung zur Ausführung der Verordnung über das Schlichtungswesen (29. Dezember 1923) zur mündlichen Anhörung und zum Versuch einer Einigung am Mittwoch, dem 21. März, geladen. Die Verhandlungen wurden von dem Herrn Landgerichtsrat Feuer geführt. Die Begründung des Antrags der Prinzipale bewegte sich in der Hauptache in den gleichen Bahnen, die schon in der Berichterstattung über die Verhandlungen der Tarifkommission sowie des Zentral-Schlichtungsamtes in den Nummern 21 bis 23 des „Korr.“ ausführlich dargestellt worden sind. Die prinzipalsseitige Annahme des Schiedsgerichts, die in stärkstem Gegensatz zu der bekannten Antragstellung der Prinzipale steht, wurde damit zu rechtfertigen versucht, daß neben der Anerkennung der Autorität des Zentral-Schlichtungsamtes die im Schiedsbericht vorgesehene Dauer des Lohnschatzes von besonderer Bedeutung für die Kalkulation der Betriebe sei. Es wurde prinzipalsseitig besonders darauf hingewiesen, daß andre Schiedsprüche der letzten Zeit wesentlich hinter dem für das Buchdruckgewerbe gefällten zurückblieben. Trotzdem sei es keine Inkonsequenz, wenn die Prinzipale von den nun einmal bestehenden Schlichtungsinstanzen Gebrauch machten und um deren Mit Hilfe zur Erhaltung des gewerblichen Friedens ersuchten. Von Gehilfenseite wurde demgegenüber in großen Zügen noch einmal die große aufsteigende Entwicklung des Buchdruckgewerbes in den letzten Jahren ausgerollt, die Lohnverhältnisse und -unterschiede nach Orts- und Altersklassen in Vergleich mit vielen andern höher entlohnten Arbeitergruppen gestellt und die innere Festigung sowie der Ausbau der Betriebe in fast allen Druckerorten als unbestreitbare Belege einer sehr gesunden und tragfähigen Entwicklung des Gewerbes nachgewiesen. Alle Redner von Gehilfenseite forderten Ablehnung der Verbindlichkeitserklärung, da eine solche nach Lage der Dinge von der gesamten Arbeiterschaft des Buchdruckgewerbes als einseitige Begünstigung von Unternehmerinteressen angesehen und dem Gewerbe doch den Frieden nicht bringen würde. Diese Hinweise auf die Stimmung und Haltung der Kollegenschaft im ganzen Reich wurden von Unternehmerseite als Drohungen bezeichnet, denen gegenüber das sogenannte öffentliche Interesse durch den Reichsarbeitsminister mit Hilfe der Verbindlichkeitserklärung gewahrt werden müsse. Da den Unternehmern die darauf folgenden Erwidrerungen und Feststellungen der tatsächlichen Verhältnisse im Buch- und Zeitungsgewerbe sichtlich unangenehm waren, stellte einer ihrer Redner nach über dreißündiger Verhandlungsbauer den Antrag, in getrennten Parteiverhandlungen den Vorsitzenden

„aufzuklären“. Landgerichtsrat Feuer glaubte in dieser Anregung eine Möglichkeit zu erblicken, bei den Parteien in getrennter Beratung und kleinerem Kreise die Grundlage zu einer Vereinbarung zu finden und ging darauf ein, obwohl von Gehilfenseite darauf hingewiesen wurde, daß ohne eine bestimmte vorherige Erklärung von Unternehmerseite bezüglich ihres Willens zu einer Verständigung nichts dabei herauskommen werde. Und so kam es auch. Nach annähernd zweistündigen getrennten Kommissionsberatungen mußte der Vorsitzende feststellen, daß sein Versuch einer Einigung infolge der gänzlich ablehnenden Haltung auf Unternehmerseite gescheitert sei und nunmehr der Reichsarbeitsminister persönlich die endgültige Entscheidung zu treffen habe. Das dann noch von Gehilfenseite an den Vorsitzenden gerichtete Ersuchen, vor der Entscheidung eine mündliche Aussprache mit dem Herrn Reichsarbeitsminister zu ermöglichen, wurde von dem Herrn Landgerichtsrat Feuer mit der Zusage beantwortet, daß er diesen Wunsch bei seiner Berichterstattung beim Reichsarbeitsminister ebenfalls vortragen werde. Damit waren diese Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium zunächst erledigt.

Es bleibt nunmehr noch abzuwarten, in welcher Weise der Reichsarbeitsminister sowohl dem Wunsch einer persönlichen Unterredung mit den Organisationsvorständen der beiden Parteiparteien und deren Anträge auf Ablehnung oder Vollzug der Verbindlichkeitserklärung des Schiedsgerichts Rechnung tragen wird. Die auf dem Reichsarbeitsminister lastende Verantwortung in dieser Frage ist zweifellos eine sehr schwere. Denn trotz aller gewerkschaftlichen Disziplin der deutschen Buchdruckerarbeiterschaft ist infolge der Haltung des Deutschen Buchdrucker-Vereins schon im Herbst vorigen Jahres und jetzt die Erbitterung unserer Kollegenschaft im ganzen Reich so groß, daß eine Verbindlichkeitserklärung dieses gänzlich unzureichenden Schiedsgerichts angesichts der geradezu glänzenden Lage des Gewerbes geradezu wie ein Schlag ins Feuer wirken würde. Denn wenn auch in Anerkennung diesbezüglicher gesetzlicher Bestimmungen die Organisationsleitungen der Arbeiterschaft des Buchdruckgewerbes im Falle einer Verbindlichkeitserklärung so handeln werden, wie es ihrer gesetzlichen Verantwortlichkeit entspricht, so wird doch deren Einfluß nicht so weit reichen, um das Gewerbe besonders in den Großdruckstädten vor ernststen Erschütterungen zu bewahren. Die Folge wird sein, daß jene Kreise der Kollegenschaft, die sich bisher schon mit den niedrigsten Löhnen bescheiden mußten, noch weiter zurückbleiben würden. Für die von den Unternehmern ganz besonders beklagten Schwierigkeiten auf dem Preisgebiete würden sich dadurch neue Gefahrenquellen öffnen und dem Gewerbe nur weitere Nachteile bringen, während eine gerechtere Berücksichtigung der Forderung der Arbeiterschaft diesem nur zum Segen gereichen würde.

Möge daher der Reichsarbeitsminister in diesen ersten Stunden sich daran erinnern, was er selbst am 13. Februar im Reichstag gesagt hat, daß es ihm lieber sei, wenn mit Verbindlichkeitserklärung je eher, desto besser der Schlag gemacht wird! Wir Buchdrucker möchten ihm aus eigener Kraft dazu verhelfen. Denn es wird sich zeigen, daß die Unternehmung im deutschen Buchdruckgewerbe sich mit der Arbeiterschaft verständigen werden, wenn ihnen durch den Reichsarbeitsminister diesmal die eigene Verantwortung nicht abgenommen wird. Die Arbeiterschaft des Buchdruckgewerbes lehnt diese Verantwortung für ihr Tun und Lassen in diesen ersten Tagen nicht ab; sie wird sie mit Entschiedenheit und Opfermut zu tragen wissen. Und deshalb erwartet

sie auch vom Reichsarbeitsminister, daß er die ihm übertragene schwere Bürde der Wahrnehmung und des Schutzes öffentlicher oder allgemeiner Interessen nicht noch dadurch schwerer macht, daß er sein Amt in der Dienst einseitiger Unternehmerinteressen stellt. Dazu ist er weder verpflichtet noch gezwungen; zumal auch die Unternehmer im deutschen Buchdruckgewerbe laut „Zeitschrift“ Nr. 23, Seite 192, es beklagen, daß ihnen auf Grund der jetzigen Gesetzgebung von Schlichtungsstellen die Löhne vorgezogen werden! Von diesem Abstand kann der Reichsarbeitsminister die Unternehmer im Buchdruckgewerbe befreien, wenn er den Schiedspruch vom 9. März nicht verbietet. Ich erkläre. Daß damit der Reichsarbeitsminister auch dem Wunsch der Arbeiterschaft des Buchdruckgewerbes entsprechen würde, kann ihm seine Entscheidung nur erleichtern. Und wir hoffen, daß er damit das letztemal von den Parteiparteien im deutschen Buchdruckgewerbe vor eine solche Entscheidung gestellt sein dürfte. Darum, Herr Reichsarbeitsminister, lehnen Sie die Verbindlichkeitserklärung ab! Sie dienen damit dem öffentlichen Interesse, dem Buchdruckgewerbe, seiner Arbeiterschaft und der ganzen zukünftigen Entwicklung der deutschen Wirtschaft, wenn die Unternehmer sich bewußt werden, daß nicht mehr der Reichsarbeitsminister, sondern sie selbst dafür verantwortlich sind, wenn sie es ablehnen, sich mit der Arbeiterschaft in förmlicher und sozialer Weise in freier Vereinbarung zu verständigen!

II. Die Buchdrucker in Kampfstellung

Bielefeld. Unsere äußerst stark besuchte Versammlung am 19. März beschäftigte sich u. a. auch mit den letzten resultatlosen Lohnverhandlungen. Es herrschte nicht nur Entrüstung, sondern Empörung über den ergebnislosen Schiedspruch. Die Versammlung war sich darüber einig, daß etwas Durchgreifendes in der Lohnfrage geschehen muß. Nach eingehender Debatte wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Die starkbesetzte Mitgliederversammlung des Ortsvereins Bielefeld, zu der die Bezirksvorsitzende ihre Vertreter entsandt haben, lehnt mit aller Entschiedenheit die Annahme des gefällten Schiedspruchs ab. Sie fordert ihre Vertreter auf, dieses Mal in ihrer Forderung fest zu bleiben und endlich Schluss zu machen mit der überholten Form des Index. Ganz unannehmbar ist die einjährige Dauer des Lohnabkommens. Wir fordern wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg und sind gewillt, für diese unsere Forderungen alle Konsequenzen zu tragen.“

Wohnum. Unsere aus allen Orten sehr zahlreich besuchte Versammlung am 19. März nahm die Ausführungen des Bezirksvorsitzenden Benner über die Situation im Gewerbe, wie sie sich nach dem auf der Bezirksvorsitzendenkonferenz in Köln gegebenen Bericht darstellte, mit Interesse entgegen. Mit Benennung und Beifall wurden die Anordnungen des Verbandsvorstandes begrüßt. Dem Verbandsvorstand und den Gehilfenvertretern wurde Vertrauen und Dank für ihr Eintreten im Interesse der Gesamtheit ausgesprochen und der Wunsch daran geknüpft, nichts unversucht zu lassen, den berechtigten Forderungen der Gehilfenschaft zum Siege zu verhelfen. Nur den Anweisungen der Organisation zu folgen, soll in dieser Zeit unsre Parole sein.

Wohn a. Rh. Unsere außerordentlich besuchte Versammlung am 19. März war stark besucht, um den Bericht über die Kölner Bezirksvorsitzendenkonferenz bzw. die Lohnverhandlungen entgegenzunehmen. Die auf der Konferenz festgelegten Richtlinien wurden einstimmig akzeptiert. Die Forderung von 10 M. soll auch dann aufrecht erhalten werden, wenn eine Verbindlichkeitserklärung des Schiedsgerichts erfolgen sollte. Darmstadt. Die hiesige Kollegenschaft hatte dem Aufste des Vorstandes zur Stellungnahme zu den Lohnverhandlungen bzw. den Beschlüssen der Zentralleitung und der Bezirksvorsitzendenkonferenz so zahlreich Folge geleistet, daß der große Saal des „Gewerkschaftshauses“ nicht ausreichte, um all die Erscheinenden zu fassen. Zumal auch der Vorstand des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter seine Mitglieder ebenfalls zur Teilnahme aufgerufen hatte. So standen die Massen dichtgedrängt im Saale, um den Bericht des Kollegen Volkart über die Konferenz der Bezirks- und Ortsvereinsvorsitzender in Mannheim entgegenzunehmen. Ein Schrei der Entrüstung ging durch die Versammlung, als der Referent auf die Begründung des am

10. März gefällten Schlichterpruchs hinwies, in der es heißt, daß es den Gewerkschaften nicht gelungen sei, den Nachweis einer wesentlichen Besserung der Lebenslage zu erbringen. Dieser Schiedspruch darf nicht Geheiß werden im deutschen Buchdruckgewerbe. Wenn nicht auf friedlichem Wege seine Verbesserung erreicht werden kann, dann muß eben der Kampf entzünden. Die Buchdrucker werden auch zu kämpfen verstehen. Die Bindung auf ein volles Jahr ist zu groß, zumal die Prinzipale auf ihrem Stehen bestehen und jede zwangsweise Änderung ablehnen. Die Darmstädter Kollegenchaft machte sich denn auch den Antrag des Verbandsvorstandes auf Erhöhung des Spitzenlohnes um 10 M. (in Darmstadt 9,40) zu eigen und wird diese Forderung der Darmstädter Buchdruckerbestimmern unterbreiten. Bei Nichtannahme erfolgt die Kündigung. Bei der Zugewinnhaftigkeit der Darmstädter Druckereien dürfte ein Kampf unvermeidbar sein. Um die Geschlossenheit der Druckereipersonale heraufzustellen, werden sich die Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen dem Vorgehen der Geßliffen anschließen.

Düsseldorf. Unsere Versammlung am 16. März beschäftigte sich mit unsern Lohnverhandlungen und nahm nach einem Referat des Kollegen K. B. N. (Halle) folgende Entschliessung an: „Die im Verbands der Deutschen Buchdrucker organisierten Buchdrucker Düsselors lehnen den völlig ungenügenden Schiedspruch des Zentralarbeitsamtes einstimmig ab. Sie nehmen mit Entsetzen davon Kenntnis, daß die Prinzipale, er gegen ihrer ursprünglichen Haltung der Ablehnung jeder Lohnerhöhung, die Verbindlichkeits-erklärung des gefällten Schiedspruches beantragt haben. Die Geßliffenschaft verlangt vom Reichsarbeitsminister, daß er den Antrag der Prinzipale ablehnt und der Geßliffenschaft dadurch die Kampffreiheit gibt. Die organisierten Buchdrucker verpflichten ihren Vertreter, daß sie unbedingt auf ihre Geschlossenheit und Disziplin rechnen können und erwarten von der Verbandsleitung die Anwendung der schärfsten gewerkschaftlichen Mittel zur Durchdringung ihrer berechtigten Forderungen.“

Dortmund. In einer impoanten Kundgebung gestaltete sich unsere außerordentliche Bezirksversammlung am 19. März, die sich mit der Lohnfrage zu beschäftigen hatte. Der geräumige Saal der „Königsallee“, der sonst unsern Ansprüchen stets genügt hat, erwies sich diesmal als zu klein. Viele Kollegen mußten mit einem Stehplatz vorlieb nehmen. Anwesend waren auch die Vertreter des Gutenbergsbundes und der Buchdruckerhilfsarbeiter. Nach kurzer Begrüßung berichtete Vorsitzender E. K. r. m. a. n. über den Stand der Lohnbewegung. Donnerdeut Bessallt erkohll, als der Vorsitzende erklärte: Die Stunde sei gekommen, um den Prinzipalen mit aller Deutlichkeit klarzumachen, daß die Kollegen auf keinen Fall von ihren berechtigten Forderungen ablassen, und wenn es nicht anders ginge, auch vor den äußersten Konsequenzen nicht zurückzublicken würden. Auf jeden Fall heßen die Kollegen geschloßen hinter der Forderung ihrer Füllzer und sprechen diesen ihr Vertrauen aus. In der Distiktion kam zum Ausdruck, daß die Kollegen froh wären, daß endlich mal ein entscheidender Schritt nach vorwärts getan worden sei, um unsern berechtigten Forderungen Geltung zu verschaffen. Recht liege die Entscheidung bei den Prinzipalen; hoffentlich lehnt in letzter Stunde noch die Erkenntnis ein, daß es besser ist, sich mit den Buchdruckervertretern zu verständigen. Den Schiedspruch von 350 M. in der Spitze erklären die Kollegen für unakzeptabel. Kollege E. K. r. m. a. n. sprach in seinem Schlußwort seine Genehmigung über die Einigkeit und Geschlossenheit der Kollegen aus.

Duisburg. Unsere außerordentliche Bezirksversammlung am 20. März war von 300 Kollegen besucht und nahm einen impoanten Verlauf. Die Maßnahmen des Verbandsvorstandes wurden förmlich gutgeheißen und einstimmig gefordert, nicht nur am kommenden Freitag die Kündigungen einzusetzen, sondern von gleichem Tage ab auch jegliche Überstunden zu verweigern. Nachfolgende Entschliessung spiegelt die Stimmung wider, die in der einträuslichen Versammlung vorherrschte: „Die am 20. März überaus zahlreich verammelten Buchdrucker des Bezirks Duisburg nahmen eingehend in der Lohnverhandlungen Stellung. Die Unerschlichkeit der Prinzipalunterhändler, die in freier Verhandlung jegliche Lohnerhöhung für das Gewerbe als untragbar bezeichneten und demnach selbst die Verbindlichkeits des Schiedspruches beantragten, wurde durch schärfste verurteilt. Den Geßliffenvertretern spricht die Versammlung ihr Vertrauen aus und erwartet von diesen, daß sie nichts unversucht lassen, um einer Verbindlichkeits-erklärung des völlig ungenügenden Schiedspruches zu verhindern. Die Einreichung der Kündigung als erste Kampfmaßnahme wird freudig begrüßt. Die Versammelten geloben, zu jedem Opfer bereit zu sein, um eine bessere Gestaltung der Lohnverhältnisse zu erkämpfen.“

M. Düsseldorf. Seit Jahren hat Düsseldorf nicht mehr eine solch überfüllte Buchdruckerversammlung gesehen, wie dies bei der außerordentlichen Bezirksversammlung am 19. März der Fall war. Der große Saal sowie die Galerie waren dicht besetzt. Es wurde Stellung zur Lohnfrage genommen, wie sie durch den abgelehnten Schiedspruch gegeben ist. Kollege S. H. i. n. d. e. d. e. r. berichtete über die am Tage vorher in Köln abgehaltene Bezirksvorsteherkonferenz. Mit Genehmigung wurden die vom Verbandsvorstand getroffenen Maßnahmen aufgenommen, und es herrschte eine einmütige Wille vor, die Forderungen durchzukämpfen. Einstimmig wurde ein Telegramm an den Verbandsvorstand beschlossen, in welchem verlangt wird, an der ursprünglichen Geßliffenforderung festzuhalten und die Verbindlichkeitsklärung abzulehnen.

Essen i. H. o. l. l. t. Am 18. März fand in Witten unsere Bezirksversammlung statt, die sehr gut besucht war. Vertreter waren die Orte Essen, Witten, Oberbüttgen i. H. o. l. l. t., Neudorf i. H. o. l. l. t. und Mittenburg; nicht vertreten Burg auf Schmar und Heßlingenhofen. Nach einer Begrüßung durch den Bezirksvorstandes leitete den Vorsitzenden des Wäner Oskersvereins, Kollege W. e. n. d. t., berichtete unser Gauverwalter F. i. s. a. n. e. r. über die Lohnverhandlungen. In der lebhaft geführten Aussprache erklärten sich sämtliche Diskussionsredner mit den Weisungen des Verbandsvorstandes einverstanden und stellten sich geschloßen hinter ihn. In einer kurzen Entschliessung wurde dies dem Verbandsvorstand mitgeteilt. Die Berichtserstattung aus den einzelnen Druckorten ergab, daß die tariflichen Verhält-

nisse in allen Orten des Bezirks gute zu nennen sind. Sodann wurde vom Kollegen F. i. s. a. n. e. r. noch darauf hingewiesen, daß der Lehrlingsentstellung mehr Beachtung geschenkt werden müßte, damit nicht über die tariflich zulässige Stala hinausgegangen werde. Vom Vorsitzenden wurde mitgeteilt, daß im Juli ein Jungbuchdrucker in Kiel und im September anlässlich des Gewerkschaftsfestjahres ein Jugendtreffen in Hamburg stattfinden. Die Wahl des Ortes der nächsten Bezirksversammlung, die voraussichtlich im September stattfinden, fiel auf Essen.

Gera. Die Kollegen waren der Einladung des Vorstandes zur Bezirksversammlung am 15. März zahlreich gefolgt, um gegen den unannehmbaren Schiedspruch zu protestieren. Vorsitzender N. a. n. t. e. berichtete über die Lohnverhandlungen. In der Aussprache trat der Unmut und die Entzürung über die Behandlung der Lohnforderungen durch die Unternehmer und das Zentralarbeitsamt durch. Die Schlichtungsordnung in ihrer jetzigen Form, die den Gewerkschaften starke Fesseln auferlegt, müsse beseitigt werden. Vor allen Dingen richtete sich der Unmut auf die lange Dauer des Abschlusses bis zum 31. März 1929. Deshalb sei der Schiedspruch für die Geßliffen unannehmbare. Weiter wurde die Begründung des Schiedspruches mit scharfen Worten gegeißelt. Verhaftt begrüßt wurde es, daß unsere Vertreter einstimmig den Schiedspruch abgelehnt haben. Es wurde eine Entschliessung einstimmig angenommen, in der es u. a. heißt: „Die Mitgliederversammlung des Ortsvereins Gera hält den in der Lohnfrage gefällten Schiedspruch für absolut ungenügend. In Anbetracht des schon seit vorigem Jahr durch fortwährende Teuerung ständig verkürzten Reallohnes ist dieser Schiedspruch geradezu ein Spott auf die berechtigten Forderungen der graphischen Arbeiterchaft. Die Mitgliedschaft Gera ist sich aber darüber klar, daß von dem staatlichen Schlichter nichts anderes als eine Interessensvertretung der Unternehmer zu erwarten ist. Trotz guter Konjunktur und hoher Gewinne wollen die Unternehmer im Buchdruckgewerbe keine nennenswerte Lohnaufbesserung bewilligen. Die lebensnotwendigen und berechtigten Forderungen der graphischen Arbeiter werden deshalb nur durch entschloßenen Kampf durchgeföhrt werden können. Die Gebuld der graphischen Arbeiterchaft ist erschöpft und sie ist nicht gewillt, sich unter das Diktat vom Schlichter zu beugen, die nur die Befehle von Unternehmern ausführen. Die Versammlung verlangt vom Verbandsvorstand Durchföhierung energischer Kampfmaßnahmen.“

Greiz. Auch in unser Mitgliedschaft herrschte Entzürung über das unüberhörliche Verhalten der Prinzipalvertreter bei den Lohnverhandlungen. Die Wirtschaftsverhältnisse haben sich für die Arbeiterchaft in letzter Zeit so verschlechtert, daß unsere Karteische Bezirksversammlung am 15. März einstimmig von ihren Vertretern verlangte, an den aufgestellten Forderungen unbedingt festzuhalten und selbst bei einer Verbindlichkeitsklärung eines solchen unzeitgemäßen Schiedspruches vor etwaigen Konsequenzen nicht zurückzublicken.

Hagen i. W. Am 19. März tagte hier eine außerordentliche Bezirksversammlung am 19. März. Vorsitzender N. e. n. t. r. o. p. berichtete die Ergebnisse und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß sich der Geist der Einigkeit und Geschlossenheit auch heute hier dadurch betunde, daß der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt sei. Er gab anschließend einen Bericht von der Bezirksvorsteherkonferenz in Köln, wo in stundenlangen Beratungen nochmals Stellung zu den Verhältnissen auf dem Lohngebiet genommen worden sei. Aufs schärfste wurde von den Versammlungsteilnehmern verurteilt, mit welchen Mitteln prinzipalseitig in Berlin bei den jüngsten Lohnverhandlungen operiert worden ist, um sagen zu können: „Wir bewilligen nichts — weil wir nichts bewilligen können!“ Aus dem gegebenen Bericht wurde nichternennend vernommen, daß die Geßliffenvertreter democh nichts unversucht ließen, um auf dem Wege friedlichen Verständigens zu einem annehmbaren Resultat zu kommen, was an dem starren Verhalten der Gegenseite aber scheiterte. Der gefällte Schiedspruch fand scharfe Kritik. Vor allen Dingen wurde als unerschlich bezeichnet und verurteilt das Verhalten der Prinzipale nach dem gefällten Schiedspruch, trotzdem sie v. o. r. h. e. r. erklärten, die gewerbliche Lage ertrüge absolut keine Lohnerhöhung. Mit großer Genehmigung begrüßte die Geßliffenschaft des gesamten Bezirks Hagen, daß endlich unser Verbandsvorstand die Initiative ergreifen und den Schiedspruch, der absolut den wahren Verhältnissen in keiner Weise gerecht wird, ablehne. Als Kundgebung wurde dem Verbandsvorstand in Berlin folgendes Telegramm zugesandt: „Die gutbesuchte Bezirksversammlung des Bezirks Hagen steht einmütig und geschloßen hinter den Maßnahmen des Verbandsvorstandes und ist gewillt, alle im Interesse der Sache getroffenen Anordnungen reiflos durchzuführen.“ Hieraus ergibt sich, daß die Geßliffen des hiesigen Bezirks am Freitag, dem 23. März, geschloßen ihre Kündigung einreichen werden und auch entschloßen sind, alle Maßnahmen des Verbandsvorstandes einstimmig zu befolgen.

Halle a. S. Die am 17. und 18. März hier abgehaltene Bezirksleiterkonferenz leitete den völlig ungenügenden Schiedspruch des Zentralarbeitsamtes einstimmig ab. Sie nahm Kenntnis davon, daß die Prinzipale, entgegen ihrer ursprünglichen Haltung der Ablehnung jeder Lohnerhöhung, die Verbindlichkeitsklärung des gefällten Schiedspruches beantragt haben. Die Konferenz verlangt vom Reichsarbeitsminister, daß er den Antrag der Prinzipale ablehnt und der Geßliffenschaft dadurch die Kampffreiheit gibt.

Hamburg. Noch weit stärker als die Versammlung am 13. März, in der Kollege R. u. n. k. l. e. r. über die Lohnverhandlungen referierte, war die am 20. März abgehaltene Bezirksversammlung. Nach der Eröffnung eines verstorbenen Kollegen berichtete Kollege R. u. n. k. l. e. r. über die Stand unserer Lohnbewegung. An der Aussprache beteiligten sich sechs Kollegen. Kollege R. u. n. k. l. e. r. ging im Schlußwort auf die Ausführungen der Distiktionsredner näher ein und forderte zur einmütigen Befolgung der von der Organisationsleitung geföhnten Bestchlüsse auf. Ein Antrag, die Überstunden vom 21. März an abzulehnen, wurde von der Versammlung einstimmig angenommen. Die Buchdruckerhilfsarbeiter haben die entsprechenden Beschlüsse bereits in einer vorherigen Versammlung geföhrt.

Hannau a. M. Am 19. März fand hier eine sehr gut besuchte Bezirksversammlung am 19. März, die zu den Lohnverhandlungen Stellung nahm. Nach einem Bericht des Bezirksvorsitzenden F. r. e. u. l. e. r. dem sich eine rege Aussprache anschloß, fand nachstehende Entschliessung einstimmige Annahme: „Die außerordentliche Mitgliederversammlung des Ortsvereins Hannau, zu der Vertreter von Gelnhausen, Schlüßtern, Langenfeld und Groß-Stieghelm teilnahmen, billigt die Haltung der Geßliffenvertretung bei den letzten Lohnverhandlungen und spricht ihr das Vertrauen aus. Sie erblickt in der einmütigen Ablehnung des völlig ungenügenden Schiedspruches die einzig richtige Antwort auf das herausfordernde Verhalten der Unternehmer. Die Verammlung gelobt, in strengster Disziplin und Geschlossenheit allen Weisungen der Organisationsleitung Folge zu leisten.“

Kassel. Zur Bezirksversammlung am 19. März hatten sich die gesamte hiesige organisierte Geßliffenschaft und Delegierte aus dem Bezirk eingefunden, um in drangvoll fürchterlicher Enge im Saale und Nebenzimmer des „Gewerkschaftshauses“ den Bericht über die Lohnverhandlungen entgegenzunehmen. Mit Recht betonte Vorsitzender W. i. e. g. e. n. s. t. e. i. n. da es sich erübrige, einen längeren Auszug zu geben, da jeder einzelne Kollege mehr denn je durch eifriges Lesen des „Korr.“ über alles auf dem Laufenden sei; trotzdem ging er aber im einzelnen auf die Verhandlungen der Tarifkommission sowie auf die Verhandlungen vor dem Schlichtungsamt ein. In der Distiktion wurden allgemein scharfe Worte geföhrt über die Zugewinnhaftigkeit der Prinzipalität. Folgende Entschliessung wurde einstimmig angenommen: „Die sehr gut besuchte Mitgliederversammlung des Bezirks Kassel erklärt sich mit der Haltung der Geßliffenvertretung bei den letzten Lohnverhandlungen einverstanden und spricht ihr das Vertrauen aus. Die Versammlung erblickt in der einmütigen Ablehnung des völlig ungenügenden Schiedspruches die einzig richtige Antwort auf das herausfordernde Verhalten der Unternehmer. Die Mitglieder geloben, in strengster Disziplin und Geschlossenheit allen Weisungen der Organisationsleitung Folge zu leisten.“

Köln. Am 18. März hatte der Vorstand des Gauvereins Rheinland-Westfalen die Bezirksvorsteher und Spartenvertreter zu einer Konferenz nach Köln geladen, um den Bericht des Gauvorsitzers Bertram über die Lohnverhandlungen entgegenzunehmen. Kollege B. e. r. t. r. a. m. eröffnete kurz nach 10 Uhr die Konferenz, begrüßte die neu gewählten Bezirksvorsteher, die zum ersten Male einer Bezirksvorsteherkonferenz anwohnten, und widmete den ausgeschiedenen Kollegen Worte des Dankes für ihre im Interesse der Organisation geleistete Arbeit. In seinem Referat über die Lohnverhandlungen konnte er sich kurz fassen, da ein ausführlicher Bericht über den Gang der Verhandlungen bereits im „Korr.“ erschienen war. Er gab nur noch Einzelheiten aus der Geßliffenverbesserung und über die Sitzung mit den Prinzipalen bekannt. Von allen Rednern wurde das Verhalten der Prinzipale verurteilt, die trotz allgemein guter Konjunktur in den letzten Jahren den Berufsangehörigen das Notwendigste zum Leben verweigern. Der im Anschluß an die negativen Verhandlungen mit den Prinzipalen gefällte Schiedspruch des Zentralarbeitsamtes wurde wegen seiner ungenügenden materiellen Auswirkung, aber auch wegen der langen Geltungsdauer einstimmig abgelehnt. Der Unwille der Konferenz äußerte sich in folgenden Beschlüssen: Die Bezirksvorsteher sind mit der Ablehnung des Schiedspruches des Zentralarbeitsamtes seitens der Geßliffenvertreter einverstanden, begrüßen die Maßnahmen des Verbandsvorstandes und versprechen, dieselben genau zu befolgen. „Der „Presse“-Angelegenheiten und Gau-Zugbuchdruckertag 1928 in Köln berichtete eingehend Gauvorsitzer B. ö. s. c. h. n. e. r. Dieser entwarf dabei speziell über die Ausstellung unseres Verbandes ein anschauliches Bild; die Ausstellung im allgemeinen würde für alle Kollegen des Bereiches und Interessanten genug bieten. Auch über die Veranstaltungen anlässlich des Gau-Zugbuchdruckerages berichtete er eingehend. Es sei nur erwähnt, daß an dem Gau-Zugbuchdruckerage etwa 1700 Lehrlinge teilnahmen. Der große Festakt wird am Morgen des 12. August in der großen Festhalle auf dem Ausstellungsgelände stattfinden. Nachmittags ist sodann Besichtigung der „Presse“. Der Montag wird unsern Jungbuchdruckern eine Rheinfahrt auf dem Dampfer „Goethe“ nach Königswinter und zurück bieten. Die in Aussicht genommene Lehrlingsleiterkonferenz wird am 17. Mai (Himmelfahrtstag) in Köln stattfinden. Über Ein- und Durchföhierung der Lehrlingsordnung in unserm Gau referierte dann Kollege B. e. r. t. r. a. m. Jetzt, wo die Lehrlingsordnung eingeföhrt sei, heiße es für die Vertreter der Geßliffenschaft, in den Nach- und Prüfungsanstalten auf dem Damm zu sein. Sie dies der Fall — so erklärte der Redner zum Schluß —, sei er der festen Überzeugung, daß sich die Lehrlingsordnung zu unsern Gunsten entwickeln werde. Unter „Beschiebenem“ wurde von Gauvorsitzersseite über eine Reihe gestellter Fragen Aufschluß gegeben. Gegen 7½ Uhr wurde die von bestem Willen und Wollen getragene Konferenz geschlossen.

Krefeld. Der Bezirksvorstand hatte am 19. März nach hier eine außerordentliche Bezirksversammlung am 19. März einberufen, um der Kollegenchaft Gelegenheit zu geben, zu der augenblicklichen Situation Stellung zu nehmen. Die sehr gut besuchte Versammlung nahm den Bericht des Vorsitzenden M. e. u. t. e. r. über die Köfner Bezirksvorsteherkonferenz entgegen. Er entwickelte in kurzen Zügen ein Bild von dem Stand der Dinge auf dem Lohngebiet. Die Haltung der „Zeitschrift“ und der Prinzipalität ersöhre besondere Beachtung. Es herrschte allgemein die Meinung vor, daß die Prinzipalität in diesem Lohnkampf eine eigenartige Rolle gespielt habe. Während man in den Verhandlungen feierlich erklärte, das Gewerbe könne unter keinen Umständen eine Lohnerhöhung tragen, beantragte man nach Fröhlung des Schiedspruches Verbindlichkeitsklärung. Damit sei der Beweis erbracht, daß das Gewerbe sehr wohl höhere Löhne tragen könne. Diese Haltung der Prinzipalität dem Tarifkontrahenten gegenüber wurde als unerschlich bezeichnet. Der Vorstand wurde beauftragt, den Verbandsinstanzen umgehend wissen zu lassen, daß an der geschloßenen Forderung unter allen Umständen festzuhalten sei. Den Weisungen des Verbandsvorstandes wird einstimmig Folge geleistet werden. Der Vorsitzende berichtete dann noch über „Presse“-Angelegenheiten, Jungbuchdruckerage, die Einführung der Lehrlings-

ordnung und einige interne Angelegenheiten. Die Betriebsräte und Druckerkollegen wurden erneut aufgefordert, sich des Hilfspersonal anzugewöhnen und es dem Graphischen Hilfsarbeiterverband zuzuführen. Die auf der vorletzigen Bezirksversammlung nicht erledigte Tagesordnung wird der nächsten Bezirksversammlung, die in Kempen stattfindet, vorliegen.

Bayr. B. In unserer außerordentlichen Versammlung am 16. März berichtete Kollege Sandfort (Freiburg) über die Lohnverhandlungen. Die Versammlung war fast vollständig besucht. Nach Entgegennahme des Berichts und kurzer Diskussion wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Die fast vollständige Besuche Mitgliederversammlung des Ortsvereins Bayr. B. lehnt den vom Zentralratsausschuss gestellten Schiedsspruch ab, da derselbe völlig ungenügend ist und den gerechten Ausgleich nicht bringt, den die Buchdrucker in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht erwartet haben. Die Gewerkschaft verlangt einen Lohn, der zur Befriedigung der kulturellen und wirtschaftlichen Bedürfnisse einigermassen ausreicht. Sie erwartet von den Führern, daß sie sich mit allen Mitteln für Erhöhung des Schiedsspruches einsetzen und dafür sorgen, daß der Abschluß bis längstens Oktober getätigt wird. Daß die Prinzipale trotz ihrer ablehnenden Haltung bei den Verhandlungen diesem Schiedsspruch zugestimmt haben, beweist, daß eine angemessene Lohnerhöhung vom Gewerbe getragen werden kann, wenn der Wille dazu vorhanden ist. Wir sind bereit, für uns berechtigten Forderungen auch zum letzten Mittel zu greifen.“ Dem Verhandlungsleiter wurde sofort telegraphisch mitgeteilt, das die Gewerkschaft eine wesentliche Verbesserung des Schiedsspruches erwartet.

Biegeln. Am Stellung zu dem bisherigen Stand der Lohnverhandlungen zu nehmen, war auf den 17. März eine außerordentliche Generalversammlung einberufen worden, an der 120 Kollegen teilnahmen, darunter viele Kollegen aus Goldberg, Haynau und Lüben. Schon in seinen Begrüßungsworten beschäftigte sich Bezirksvorsitzender Scholz mit den Lohnverhandlungen und übte an Höhe und Dauer des Schiedsspruches scharfe Kritik. Dann berichtete Gauvorsitzender Fiedler (Breslau) über die Lohnverhandlungen. Sein Vortrag in der Art von Ausführungen und Streitigkeiten bot eine wertvolle Ergänzung zu den bisherigen Veröffentlichungen im „Korr.“ Am Schluß beleuchtete er ganz besonders die Zusammenhänge der Prinzipale, anfangs jede Lohnverhöhung abzulehnen, nach Fällung des Schiedsspruches aber schleunigst dessen Wirksamkeitserklärung zu beantragen. In der nun folgenden Aussprache kam so recht die Unzufriedenheit der Provinzkollegen mit dem Verhandlungsergebnis zur Geltung. Ganz besonders beschäftigten sich die Kollegen mit der Tatsache, daß einzelne Provinzunternehmer ihre Not mit der Fortführung ihrer Betriebe hervorhoben und infolgedessen eine höhere Löhne zahlen könnten. Sie wiesen diese Behauptungen entschieden zurück und hoben hervor, daß auch am höchsten Orte kostspielige Betriebsneubauten und umfangreiche Maschinenanschaffungen erfolgt seien, wozu dann noch der persönliche Luxus ausgeübte Baderellen usw. komme. Das alles stehe mit der Bezahlung der hiesigen Kollegen in krassem Widerspruch. Die Biegeln-Kollegen erwarteten vom Verhandlungsleiter, daß er alles tut, um diesen Schiedsspruch zu verhindern und eine Lohnverhöhung erfolgt, die auch die Provinzkollegen befriedigt. Das Ergebnis der Aussprache wurde in einer Entschließung zusammengefaßt. Weiter beschäftigte sich die Versammlung, insbesondere aber die Kollegen der Firma Krumbhaar („Biegeln-Tageblatt“), mit der Übernahmehahme der Kontrollfunktionen, die nun zur Schikane ausartet. Ohne die gesetzliche Betriebsvertretung zu hören, kommt man mit allerhand Neuerungen. In letzter Zeit war über Nacht eine Stechwehr angebracht worden, die nur von den Arbeitern des Betriebes, also von denen, die im Laufe der Jahre durch fleißige Arbeit den Zustand zum Wohlstand verholten

haben, zu benutzen ist. Wer sich weigert, wird entlassen, so lautet die Ankündigung. Vor etwa 20 Jahren hatte der Betrieb einen Faktor, der zugleich alleiniger Buchhalter war, heute sind es drei Direktoren und wohl an zehn Faktoren, die das Personal beaufsichtigen, dazu ein großer Stab von kaufmännischen Angestellten. Nun wundern sich die Firma, daß es nicht mehr so schnell „aufwärts“ geht wie früher, fragt aber nicht danach, was diejenigen Kräfte kosten, die unproduktive Arbeit leisten. Fröhliche Köpfe waren in den letzten Wochen emsig an der Arbeit, außer den genannten Kontrollen den Arbeiten des Betriebes noch weitere Erzhewerisse zu bereiten. Man brachte einen neuen Kontrollzettel, auf denen die Leistungen des Tages nach Viertelstunden berechnet werden. In Einmütigkeit und großer Entrüstung lehnen unsere Kollegen die mehrfache schändliche Kontrolle ab, bis nicht auch das gesamte übrige Personal des Betriebes, einschließlich der Direktoren, die Stechwehr benutzen.

Ludwigshafen a. Rh. In der stark besuchte Versammlung am 19. März nahm nach Erstattung des Berichts von der Bezirksvorsitzendenkonferenz des Gauess Mittelrhein an den Lohnverhandlungen Stellung. Vorsitzender Casper gab zugleich Kenntnis von dem vom Verbandsvorstand vorgesehenen Maßnahmen. Die Versammlung stimmte der von der Bezirksvorsitzendenkonferenz angenommenen Entschließung zustimmend zu und stellte sich ebenso geschlossen hinter die Maßnahmen des Verbandsvorstandes.

Mainz. In der Versammlung am 19. März, die sehr gut besucht war, beschäftigte sich mit dem Ergebnis der Lohnverhandlungen. Kollege Weitz berichtete kurz über den Stand der Bewegung und über die Bezirksvorsitzendenkonferenz in Mannheim. Mit Entrüstung nahmen die Kollegen Stellung gegen den völlig ungenügenden Schiedsspruch des Zentralratsausschusses. Die Versammlung forderte, daß alle Maßnahmen ergriffen werden, um einer gerechten Bezahlung zum Durchbruch zu verhelfen. Der Verbandsvorstand wurde telegraphisch aufgefordert, die scharfsten Kampfmaßnahmen zur Anwendung zu bringen. Die am folgenden Tage in allen Betrieben erhobene Forderung auf Lohnverhöhung von 9,80 M. in der Spitze wurde von fast allen Druckereien abgelehnt. In Mainz haben zwei kleine und eine größere Druckerei bewilligt; ebenso eine Druckerei in einem Bezirksdruckort.

Mannheim. Wie immer bei wichtigen, die Lohn- und Arbeitsbedingungen betreffenden Anlässen wurden auch diesmal die Bezirks- und Ortsvorsitzer unseres weltverbreiteten Gauess — vom Westerwald bis Mannheim, von Zweibrücken bis Wertheim — zusammenberufen, um Stellung zu nehmen zu der gegenwärtigen Situation. In manchen Darlegungen zeichnete Gauvorsitzer Corrad als Teilnehmer an den Berliner Lohnverhandlungen am 8. und 9. März den Verlauf der Auseinandersetzungen, die bekanntlich das Ergebnis hatten, daß die drei Unparteiischen vom Reichsarbeitsministerium im Zentralratsausschuss für eine Lohnverhöhung von 3,50 M. in der Spitze entschieden; gültig vom 1. April 1928 bis 31. März 1929. Dieser von der Gewerkschaft abgelehnte Schiedsspruch hat noch vor Ablauf der Erklärungfrist die Zustimmung der Unternehmer gefunden, die gleichzeitig den Antrag auf Verbindlichkeitserklärung beim Reichsarbeitsministerium stellten. Kollege Conrad beleuchtete die verschlagene Taktik der Unternehmervertretung und zeigte, wie berechtigt die von der Gewerkschaft vertretene Forderung auf angemessene Lohnverhöhung für die Gewerkschaft ist. Kein Wunder, daß in der lebhaften Aussprache die Bezirks- und Ortsvorsitzer des Gauess Mittelrhein ebenso einmütig wie die Gewerkschaftvertreter bei den Lohnverhandlungen den Schiedsspruch ablehnten. Was allgütige Verhandeln nicht vermocht, möge denn durch stärkere Maßnahmen der Verbandsleitung erkämpft werden. Ihren Willen, dem Rufe des Verbandsvorstandes reifliche Folge zu leisten, drückte die Konferenz in nachstehender Ent-

schließung aus: „Die am 17./18. März in Mannheim tagende Konferenz der Bezirks- und Ortsvorsitzer des Gauess Mittelrhein im Verband der Deutschen Buchdrucker nahm nach dem Bericht des Gauvorsitzers Stellung zu dem Ergebnis der Lohnverhandlungen, die durch das kritik ablehnende Verhalten der Buchdruckerbetriebe mit einem Schiedsspruch endeten, der ab 1. April 1928 bis 31. März 1929 nur eine Erhöhung des Spitzenlohnes um 3,50 M. brachte. Diesen Schiedsspruch lehnt die Konferenz als absolut ungenügend einmütig ab, weil Gültigkeitsdauer und Betrag nicht annähernd den unbedingten Lebensnotwendigkeiten der Gewerkschaft entsprechen. Die Konferenz stellt sich geschlossen hinter alle von der verantwortlichen Verbandsleitung getroffenen und noch zu treffenden Maßnahmen, die so wird auch die Gewerkschaft des Gauess Mittelrhein — wie immer — nur den wohlwollendsten Anweisungen ihrer verantwortungsvollen Funktionäre folgen, streife Disziplin und altbekannte buchdruckerliche Solidarität über.“

Meuselwitz-Luzn. In einer gutbesuchten Versammlung am 17. März nahmen wir zu den Lohnverhandlungen Stellung. Mit den unternommenen Schritten der Verbandsleitung war man zufrieden und erhofft ein unbedingtes Festhalten an den Forderungen. Vor allem gegen die lange Gültigkeitsdauer richtete sich berechtigter Protest. Nach einstimmiger Bestätigung gab man der Verbandsleitung durch Absendung folgenden Telegramms Ausdruck: „Ortsverein Meuselwitz-Luzn geschlossen hinter Betreter. Vor schärfsten Mitteln nicht zurückweichen.“ Unter „Beschleunigen“ beschäftigte man sich mit der Maßnahme, der Ortsverein beschloß einstimmig Arbeitsruhe ohne Bezahlung und ohne Vorarbeit oder Nacharbeit.

München. Am 18. März fand im überfüllten Varieteesaal des „Koloosseums“ eine imposante Versammlung statt, an der auch Kollegen aus fast allen großen Mitgliedschaften Bayerns teilnahmen. Die Versammlung befaßte sich mit dem ungenügenden Schiedsspruch. Mit der größten Aufmerksamkeit hörten die Versammelten den Bericht des Gauvorsitzers Döhling an. Ohne Aussprache wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Die am Sonntag, dem 18. März, im großen Varieteesaal des „Koloosseums“ unter Anwesenheit von Vertretern aus fast allen größeren Druckorten Bayerns versammelten Buchdruckerghilden Mündessen erklären einmütig: 1. Der Antrag der Prinzipalvertretung bei den letzten Lohnverhandlungen, die bestehenden Löhne ein Jahr weiter gehen zu lassen, kommt einer Verhöhnung der Gewerkschaft gleich; 2. der Spruch der tarifrechtlichen Schlichter trägt den tatsächlichen Verhältnissen nicht Rechnung; 3. die Verammelten halten an der ursprünglichen Forderung von 10 M. pro Woche fest und sind hierfür einzutreten entschlossen; 4. bei weiterer ablehnender Haltung der Unternehmer wird die Leistung von Arbeitern verweigert und am 23. März ausnahmslos am 30. März die Arbeit eingestellt. Die Versammelten sind überzeugt von der Tragfähigkeit des Gewerbes und lassen sich nicht länger von der Teilnahme an den durch sie mitgeschaffenen Kulturwerten ausschalten. Von den Gewerkschaften wird energisches Festhalten an den gestellten Forderungen erwartet und ihnen unbedingte Gefolgschaft zugesichert.“ Die Versammlung war von großer Begeisterung erfüllt. Zur Einleitung und am Schluß lang der Münchner Kollegengefangener mehrere Erfolge.

Neumünster. In der letzte hier abgehaltene Bezirksversammlung am 17. März hatte starken Besuch aufzuweisen. Gauvorsitzender Ritter (Kiel) berichtete über den Verlauf der Lohnverhandlungen. Mit Entrüstung nahm die Versammlung Kenntnis von der unverständlichen Einstellung der Unternehmer. In der lebhaft geführten Aussprache, an der sich alle Ortsvereine beteiligten, wurde einmütig der Wille zum Ausdruck gebracht, daß die Kollegen bis zum letzten ihre gerechte Sache vertreten werden. Vom Verbandsvor-

Maxim Gorki

Zu seinem 60. Geburtstag am 27. März 1928

Maxim Gorkis Werk ist in seiner Wirklichkeitsnahe und symbolischen Bedeutung die Lebensgeschichte eines Kleinbürgertums und des Proletariats. Die Geschichte aller seiner Sorgen, Leiden und Freuden, seiner Not und seiner Sehnsucht nach einem schöneren Himmel. Gorki war neben Emilie Zola einer der ersten, der den Kleinbürgern und dem Proletariat seine Stimme und sein Herz zu klagen und zu betonen ließ, und den ersten Stein zu einer in späteren Jahren sich immer bewusster und selbständiger herausarbeitenden Arbeiterbewegung legte. Wer nicht nur um zu klagen, sondern auch um zu kämpfen. Vielleicht wird seine Bedeutung, selbst den vollkommensten Bildner der Landstraße sein Recht auf Erde, Himmel und Schönheit gegeben zu haben, erst in späterer Zeit erkannt werden. Durch alle seine Romane laufen unzählige Menschen einer verlorenen Heimat, zerflumt, vom Elend und dem Gewitter der Zeit ausgepeitscht bis auf die Knochen und von der Armut der Herren in den Staub gedrängt, krank und oft zerbrochen, gutmütig und oft grauam bis zum Wahnsinn: Landstreicher, Wolgahändler, Lastträger, Revolutionäre, Spittel, ewig verfolgte Juden, Arbeiter und Bauern. In seinem ausschweifenden Essay „Von russischen Bauern“ (Mafik-Verlag, Berlin), aus dem trotz des klagenden Pessimismus die große Liebe eines Menschen für sein Volk spricht und das nicht genug empfohlen werden kann, in diesem Essay hat Gorki die ganze Tragik und Zweifelpolligkeit des russischen Menschen, vornehmlich der ländlichen Bevölkerung, glaubhaft zu machen versucht. Aber gerade wenn man erschütterter ist von der Aufzählung der Gewalttaten, der sinnlosen Verleumdung, der für westeuropäische Verhältnisse geradezu unverfälschten Brutalität in Familie und Gesellschaft, einer Brutalität und „Sittenslosigkeit“, die auf das Konto aller Bevölkerungsklassen kommt (der sich wie in den unruhigsten Jahren des vergangenen Bürgerkriegs Weise wie Rote nicht entschuldigen können), und wenn

man dann redlich bemüht und offenen Herzens ist, zu verstehen und dem Schicksal und der Triebhaftigkeit der russischen Seele nachzuspüren, wird man neben all dem Häßlichen und Verderbten nicht milde werden, auch den Rest Güte, Liebe und Wahrheit zu preisen. Dieser Rest ist nachgerade das Plus, das aus der Rechnung der russischen Mensch-Natur herausgehoben werden muß, und Gorki ist es vor allem, der dieses Plus begrifflich machen möchte. Es muß gepflegt werden, um das Böse zu bekämpfen. Das Böse im Menschen ist auch nur dazu da, daß es sublimiert, gereinigt, auf eine höhere menschliche Ebene hinaufgetragen wird, und somit gut wird. Und oft ist es nicht einmal das Böse, das so gesehen wird. Diese Bemühung in ihren vielfältigen Variationen hat ihre Tradition in der russischen Dichtung; Dostojewski und vornehmlich Tolstoi waren jahrzehntlang unverändernde Propaganden. Wir glauben Gorki, wenn er in einer herrlichen, farbengeprägten Sprache, die so echte russische Musik ist, uns die Geschichte von „Kain und Aram“ erzählt, von dem kleinen, verhäulerten, verängstigten, ständig von der Umwelt gehänselten Juden, der in Aram, einem Stilk Urwaid, noch unberührt von menschlicher Kultur und Gestitung, einem Klotz aus Kraft und Tierheit, den die Frauen in sexueller Hürigkeit zu sich wünscheln und ihn ernähren, einen Freund und Beschützer findet. Dieser Aram, brutal bis zum Exzeß, der scheinbar tolpatschig in dem Botanarium der menschlichen Seele herumstolpert, hilft dem kleinen Juden Kain, schützt ihn und reicht ihm seine Hand. Man muß diese Geschichte lesen und sich ganz hineinbegeben in die Einzelheiten, um die symbolhafte Bedeutung tief und innerlich erleben zu können.

Am 27. März 1868 ist Maxim Gorki in Nischni-Nowgorod geboren. Eigentlich hieß er Maximowitsch Peshkow; erst seit 1892, seinem eigentlichen Eintritt in die russische Literatur, nannte er sich Gorki, das heißt „der Bittere“. Trost- und freudlose Kinderjahre verlebte er im Hause seiner Eltern — der Vater war Kunstschleier und Tape-

zierer, die Mutter Wawara Katschirina die Tochter eines Färbereimeisters und früherer Barkenhechts an der Wolga —, später dann, nachdem Gorkis Vater an den Folgen einer durch die Krankheit des kleinen Maxim verursachten Cholera-Zufuhrerung 1872 verstorben war, im Hause der Großeltern. Der Großvater lehrte ihn schreiben und die Großmutter Alkine erzählte die schönsten Sagen und Märchen der russischen Heimat, die in Gorki den Dichtler wachriefen.

Seine Mutter, die ihn nie so recht lieben konnte, verließ ihn und verheiratete sich nach Moskau; die Ehe war unglücklich von Anfang an, und nachdem sie inzwischen wieder nach Nischni-Nowgorod zurückgekehrt war, starb sie 1879. Nunmehr schickte man den kaum eifährigen Knaben kurzerhand „unter die Leute“, damit er sich sein Brot selbst verdienen konnte. Anfänglich war er „Junge“ in einem Schuhwarengeschäft. 1880 kam er zu einem Zeichner in die Lehre, wurde aber vornehmlich als Hausknecht, Dienstmädchen und Laufbursche beschäftigt. Später, im Frühjahr, gelang es, eine ihm mehr zufallende, aber nicht weniger fruchtige Stellung als Gehilfenwächter auf einem Wolgadamper zu finden. Hier fand er auch in dem Schiffstochter seinen ersten Lehrer, der ihm Bücher von etwas zweifelhaftem Wert ließ, deren Inhalt aber der kleine Gorki gierig in sich einsog. Erst später, im Winter 1881/82, nachdem er wieder zu dem Zeichner zurückgekehrt war, kam er mit wertvollerem Lesestoffe, wie Concourts, „Bilder Zernanno“ und Kafkas „Eugenie Grandet“, in Berührung, die in ihm einen nachhaltigen Eindruck hinterließen. 1882, nunmehr 14jährig, wurde Gorki „Rüdenmann“ auf einem Wolgadamper. 1883 liehnte er sich wieder auf dem Land, erst bei einem Seifenmacher, dann bei dem schon erwähnten Zeichner und, nachdem er sich einige Zeit als Lastträger auf den Landungsstellen in Kasan, wofür er, lernbegierig, auf die Universität zu kommen versuchte, durchgehender hatte, als Gehilfe und Ausrücker einer zum Zwecke revolutionärer Propaganda gegründeten Semmelbäckerei. In diese Zeit fällt auch sein Selbstmordversuch. Im Dezember 1887,

stand wird erwartet, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln eine Verbesserung der Lebenslage der Gehilfen...

Münberg. Am 19. März nahm in einer außerordentlichen Versammlung die Kollegenchaft von Münberg...

Donaubühl. Hier tagte am 21. März eine Versammlung der graphischen Organisationen, die von 180 Mitgliedern besucht war...

Siegen. Eine reiflos besuchte Mitgliederversammlung nebst den Vertrauensleuten aus den Bezirksorten tagte am 19. März in Siegen...

Weimar. Die Situation im Gewerbe, die Einführung der Befähigungsprüfung, die Umgestaltung unserer Witwenkasse...

begann am Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr, im „Volks- haus“ vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Gaudvorsitzer W. S. Laug mit ehrenwerten Worten des 25jährigen Funktionärsubstituts unfers Gaudvorsitzers Martini...

Wesel. Unser Bezirk hielt am 19. März eine außerordentliche Versammlung ab, die von allen Kollegen besucht war...

Jittom. In unserer Bezirksversammlung am 18. März, die von über 100 Kollegen besucht war, berichtete Gaudvorsitzer Freitag über die Lohnverhandlungen...

Tarifverhandlungen der Schriftsetzer

vom 19. bis 21. März 1928
Der Manteltarif ist mit unwesentlichen Änderungen angenommen und auf zwei Jahre festgelegt.

Korrespondenzen

Münberg. Unsere Versammlung am 24. Februar hatte sich eines mittelmäßigen Besuchs zu erfreuen. Nach der Ehrung eines 40jährigen Verbandsubstituts...

Wesel. (Handsetzer.) Die Hauptversammlung unserer Vereinigung am 23. Februar, die fast reiflos von den Kollegen besucht war, bewegte, mit wela großem Interesse die Handsetzer ihre Sache zu vertreten gemittelt sind...

Berlin. (Notations- und Tiefdrucker.) In unserer Versammlung am 19. Februar hielt Kollege Walter Wieland einen entwicklungsgeographischen Vortrag über „Organisation und Sparten in Vergangenheit und Gegenwart“...

angeeckt und von den vielen Enttäuschungen und von der Tragik seines Verfalls übermannt, zerbrach eine Kugel seine Lunge...

Sein erster und wundervoller Roman „Goma Gordajewa“, der uns die Kleinbürgerliche Welt eines russischen Kaufmanns, die verquollene, nur nach Profit dürstende Gier eines Brutalmenschen...

1906 verließ Gorki seine russische Heimat, nachdem er inzwischen im Januar 1905 in Petersburg verhaftet wurde und Rußland verlassen mußte...

heit heimgesucht, lebt Maxim Gorki seit 1921 wieder in Italien.

In Deutschland wurde Gorki vornehmlich als Dichter des sogenannten Lumpenproletariats, als Dichter der Bettler, der Altkisten, der „Bogjaki“ (d. h. der Barfüßler), der Landstreicher...

Darin liegt die pädagogische und arbeiterbildende Tendenz, die nicht zu unterschätzen ist. Es wäre notwendig, wenn wir mehr als bisher vergleichende volks-, völkerver- und seelenpsychologische Studien treiben würden...

Berlin. W. G. D.

ergab einen geringen Überschuss. Kollege **W o e d** berichtete über Konflikte in einzelnen Betrieben (Beschäftigtenstreiks und Lohnbewegungen), Kollege **K u n** a über die gemeinschaftliche Versammlung der Leser der beiden Verbände am 22. Januar und die dort gefasste Resolution. Nach einer eingehenden Debatte über die Kaffisierung der Spartenbeiträge durch den Gau wurde beschlossen, die Kaffisierung der Beiträge so wie bisher zu belassen. Die nächste Versammlung wird wieder laut Versammlungsbeschluss in „Astorianer“ abgehalten.

Kürz i. Wap. In der **G e n e r a l v e r s a m m l u n g** am 26. Februar war nur die Hälfte der Kollegenchaft anwesend. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende wieder im vergangenen Jahre verstorbenen Kollegen. Der darauf folgende Jahresbericht wurde mit Interesse entgegengenommen. Daraus war u. a. zu ersehen, daß der Besitz einer Buchdruckerei noch immer nicht das schlechteste Geschäft ist, sind doch im letzten Jahre am Orte drei neue Druckereien eröffnet. Nachdem auch der Bericht des Kassierers einstimmig genehmigt und der alte Vorstand wiedergewählt war, befaßte sich die Versammlung sehr eingehend mit der Kündigung des Wohnabkommens. Einstimmig war die Kollegenchaft der Meinung, daß der Lohn so weit erhöht werden muß, daß er nicht nur zur allernotdürftigsten Zurechtung des Lebens langt, sondern daß sie sich und ihre Familie menschenwürdig erhalten können. Sie haben als die eigentlichen Werteschaffer ein Anrecht darauf, an den technischen und kulturellen Errungenschaften der Zeit teilzunehmen.

Platzwahl. Unsere **H a u p t v e r s a m m l u n g** am 18. Februar wies den üblichen regen Besuch auf. Vorsitzender **F r. S c h m i d t** erstattete den Jahresbericht, der ebenso wie der Kasienbericht des Kollegen **S i a h l** mit Befriedigung aufgenommen wurde. Bei der Vorstandswahl wurden u. a. gewählt die Kollegen **F r. S c h m i d t** als Vorsitzender und **H e i n r i c h K l o p p i n g e r** als Kassierer. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Wunsch, das leitende der Kollegenchaft befandete rege Interesse an der Organisation und ihrer Tätigkeit auch fernerhin nicht erlahmen zu lassen.

Stuttgart. Unsere **V e r s a m m l u n g** am 29. Februar hatte zahlreichen Besuch aufzuweisen. Vor Eintritt in die Tagesordnung fand die Ergrüfung von drei verstorbenen Kollegen statt. Besonders unserm verstorbenen Friedrich **W i n d i s** widmete Kollege **K l e i n** dankbare Worte für dessen vorbildliches Schaffen und Wirken. Als einer der Gründer unseres Verbandes, stand er seit seinem Bestehen in vorderster Linie und hielt Treue bis zum in hohem Alter erfolgten Tode. Einer Aufforderung zur Teilnahme an der „Prestia“ dürfte von unsern Kollegen zahlreich entprochen werden. Die Sehlingsordnung wurde endlich auch in Württemberg genehmigt. In diesem Jahr findet die erste Zwischenprüfung statt. Der Lehrplan ist von den beiderseitigen Organisationen ausgearbeitet worden. Zurzeit sind Bestrebungen im Gange, eine Aufbauschule zur Weiterbildung der Gehilfen im graphischen Gewerbe zu schaffen, um die Lücke zwischen **Gewerbeschulung** und der **Kunstgewerbeschule** auszufüllen. Der zweite Tagesordnungspunkt, „**Verhinderung des Goutages**“ auf das nächste Jahr“, fand gegen sechs Stimmen Annahme. Zum dritten Punkt, „**Die Lohnverhandlungen** am 8. März“, gab Kollege **K l e i n** Aufschluß. Die Schreibweise der „Zeitschrift“, die dem „Korr.“ Unfreiwillig vorwirft, wies er entschieden zurück. Eine Zerlegung der Indezargen zeigt, wie wenig diese dem Stand der Lebensbedürfnisse Rechnung tragen. Trotz dem gleichbleibenden Index siehe das eine fest, daß mit den heutigen Löhnen nicht auszukommen ist. In der Aussprache wurden diese Ausführungen unterziffrisch. Hierauf folgte ein Vortrag des Herrn **Amisgerichtsrichters Dr. K a l l e e**. „Aus der Praxis der Arbeitsgerichtsgerichte“. Redner behandelte die an und für sich irrenden Materie mit viel Humor. Alle Neuerungen, die das Arbeitsgerichtsrecht brachte, fanden Besprechung. Die Billigkeit, mit der die Arbeitsgerichte arbeiten, bringt reichlich Aufpruch. Richterliches Können und menschliches Fühlen und Erkennen seien notwendig, um gerecht urteilen zu können. Bis zur Rechtsprechung in Alimenterlagen kommen alle aus dem Arbeitsvorgang flammenden Klagen zur Verhandlung. Das Wahnerfahren ist ausgeglichen, Kostenvorschieße müssen nicht geleistet werden. Empfindenswert sei es, Gestellungsfragen zu vermeiden und Leistungsfragen zu erheben. Ebenso sei es von Vorteil, durch die Organisation Klagen einzureichen, weil bei Klagen einzelner oft unerlässliche Kleinigkeiten vergessen würden, die behaverliche Verzögerungen oder Abweisungen mit sich bringen. Ungünstige Entscheidungen kämen bei Klagen aus Betrieben ohne gesellschaftliche Vertretung vor. Dies liege in der Gesetzesfaltung, die neben Gutem auch viele Fingehaken enthalte. Daher käme es auf dem Geiße, der die Richter leite, an, nicht auf die starren Paragraphen, um beurteilen zu können, was recht und billig sei. Der Redner schloß unter reichem Beifall.

Allgemeine Rundschau

Meisterprüfung. Vor der Berliner Handwerksammer bestanden die Seherkollegen **H a n s H o p p e** und **E r i c S c h u l z e**, beide aus Berlin, die Meisterprüfung. Drei Prüflinge haben die Prüfung nicht bestanden.

Zum Internationalen „Prestia“-Wettbewerb des Bildungsverbandes. Bei der Liste der Preisrichter in Nr. 18 des „Korr.“ vom 3. März wurden verhehentlich bei den 5. Preisen (10 M.) folgende Kollegen ausgelassen: **Eintrich Schulze** (Berlin); **P. Müller** (Dresden); **E r i c B o d** (Erfurt); **Albert Unger** (Magdeburg). Bei den Bildpreispreisen (**L. W.**) ist zu berücksichtigen: **Hermann Koch** (Hannover), nicht Hamburg.

Zur Beantragung für auswanderungslustige Stereotypisten. Auf eine Anfrage unseres Verbandesvorstandes über die Lage der amerikanischen Verhältnisse im Stereotypenberuf und über die Aufnahme von Stereotypisten in die Stereotypers Union in New York wurde ein offizieller Bescheid erteilt, der weiten Kreisen bekannt zu werden verdient, besonders aber auswanderungslustigen Kollegen. Danach nahm die New Yorker Stereotypers Union am

17. Oktober 1923 in ihre Lokalstatuten einen Kasus auf, nach welchem kein Stereotypist Mitglied dieser Union werden kann, wenn er nicht Bürger der Vereinigten Staaten ist und nicht mindestens drei Jahre in New York oder Umgebung gewohnt hat; außerdem muß der Aufzunehmende die englische Sprache in Wort und Schrift beherrschen. Auch das Statut der International Stereotypers Union von Nordamerika (die mit der allgemeinen Landesorganisation, der **International Typographical Union**, nicht verbunden ist) enthält die Bestimmung, daß kein Stereotypist Mitglied werden kann, wenn er nicht Schritte getan hat, Bürger der Vereinigten Staaten zu werden. Wie das Präsidium der New Yorker Union erklärte, sah sich diese zu der erwähnten Maßnahme gezwungen, weil Stereotypen aus der ganzen Welt nach New York kamen und den an und für sich schon bestehenden Überfluß an Stereotypen noch steigerten. Wie weiter mitgeteilt wurde, sind die Arbeitsverhältnisse für Stereotypisten in den Vereinigten Staaten recht ungunstig, und die wenigsten können in den ersten Jahren nach ihrer Einreise darauf rechnen, Arbeitsgelegenheit in ihrem Berufe zu finden.

Die Ausstellung der preussischen Regierung auf der „Prestia“. Wie die Reichsregierung, wird auch die preussische Regierung mit einer umfangreichen Ausstellung auf der Internationalen Prestiaausstellung in Köln vertreten sein. Der Grundgedanke der Ausstellung Preußens ist, die Beziehungen des Staates zur Presse in ihrer Entwicklung, ihren Wandlungen und dem heutigen Stand zu veranschaulichen. Die Zeit des 18. Jahrhunderts mit den antiken Intelligenzblättern, das 19. Jahrhundert, das die Entwicklung der politischen Presse und die immer schärfere Handhabung der Zensur zeigt, die Zeit Bismarcks und sein Einfluß auf die Presse werden an typischen Beispielen gekennzeichnet. Originaldokumente aus den staatlichen Archiven werden die ganze Entwicklung in interessanter Weise belegen. Die Ausstellung wird in manchen Teilen zugleich eine ausgezeichnete Ergänzung zu einigen in anderen Abteilungen geeigneten Sondergruppen darstellen, so zu der Sondergruppe „Presse und Zensur“ oder der Abteilung „Bismarck als Publizist“ innerhalb der kulturhistorischen Abteilung. Der neuzeitliche Teil der Ausstellung wird die Formen amtlicher Zusammenarbeit zwischen Staat und Presse kennzeichnen, wobei die Beziehungen der einzelnen Behörden zur Presse und die Betätigung des Staates auf publizistischem Gebiet in Sonderausstellungen der einzelnen Ministerien vor Augen geführt werden.

Zentralstellennachweis des ADGB. Für die Geschäftsführung des Bezirksausschusses Königsberg i. Pr. wird vom Vorstand des ADGB, ein Bezirkssekretär gesucht. Der Aufgabekreis ergibt sich aus dem Abschnitt: „Bezirksauschüsse“ der Bundesatzung. Als Bewerber kommen nur Gewerkschaftsangehörige in Frage, die über langjährige praktische Erfahrungen in der Gewerkschaftsbewegung verfügen und deren bisherige Tätigkeit Gewähr bietet, daß sie den gestellten Anforderungen gewachsen sind. Bevorzugte Berücksichtigung erfahren solche Bewerber, die mit den Verhältnissen in Ostpreußen bereits vertraut sind. Schriftliche Bewerbungen mit Lebenslauf und genauer Angabe der bisherigen Tätigkeit ist bis zum 27. März dem Vorstand des ADGB, einzureichen.

Fünf Jahre freie Gewerkschaftsjugend Berlin. Der erweiterte Aufgabenkreis der Gewerkschaften in der Nachkriegszeit, ihre Forderungen nach maßgebendem Einfluß auf die Regelung der Wirtschaftsverhältnisse in Staat und Gemeinde, auf die Sozialgesetzgebung, die gewerbliche Rechtsprechung und die Unfallversicherung, wie auch auf die Umgestaltung der Kultur, Wirtschafts- und Handelsbeziehungen der Völker“ (Gewerkschaftstongreß 1919) gaben die Grundlage zur stärksten Interessierung der Jugend für die Gewerkschaftsarbeit. Das Wirken der Gewerkschaften ist neben Wahrnehmung von Gegenwärtigem zukunftsgerichtet denn je. Notwendig war es, der Jugend einen ihrer Eigenart entsprechenden Lebensraum zu gewähren, ihre Entwicklungsmöglichkeiten zu geben. Aus den Erfahrungen des im November 1919 gegründeten gewerkschaftlichen Jugendkartells und den im Jahre 1922 entstandenen ersten Jugendgruppen der „Freien Gewerkschaftsjugend“ schöpfend, beschloß die Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission Berlin am 23. Februar 1923 die Errichtung der „Freiengewerkschaftlichen Jugendzentrale“. Diese begann am 1. April 1923 mit ihrer Tätigkeit. Die Arbeit der Jugendzentrale gliedert sich in „Arbeit mit der Jugend“ und „Arbeit für die Jugend“. Durch Bildung des „Beirats für gewerkschaftliche Jugendarbeit“, in dem die wichtigsten Industriegruppen vertreten sind, ist eine engere Verbindung mit den Jugendabteilungen der Verbände gegeben. In 22 Bezirks-Jugendgruppen kommen die Jugendlichen aller Verbände zu gemeinsamen Veranstaltungen zusammen. Allgemeinbildende Vorträge, Vorträge über Entstehung und Entwicklung der Gewerkschaften sowie über Aufgaben, Beschäftigungen industrieller Anlagen und öffentlicher Einrichtungen dienen zur Seanzenewicklung eines selbstbewußten, mit der Gewerkschaftsbewegung und ihrem Wirken vertrauten Nachwuchses. Körperkultur, Wandern und helfen die Schäden der Erwerbstätigkeit mindern, zu überwinden. Aber den Rahmen der Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der organisierten Jugend durch die Verbände hinaus war die Jugendzentrale bestrebt, allgemeine sozialpolitische Forderungen zu vertreten. Durch enge Zusammenarbeit mit den Mitgliedern der **Gesellenauschüsse** gelang es, die Handwerksammer zu Jugeländnissen in der **Kollegien- und Arbeitsfrage** zu veranlassen. Die Fürsorge für die erwerbslose Jugend — Errichtung von Tagesheimen — ist auf die Initiative der Jugendzentrale zurückzuführen. Besonderes Augenmerk wurde der Gestaltung der Berufsberatung, des Berufsausschusses gewidmet, und auch hier kann von erfolgreicher Arbeit berichtet werden. Rechenhaft im einzelnen geben die Berichte der Freiengewerkschaftlichen Jugendzentrale. Fünf Jahre erfolgreicher Tätigkeit für die erwerbstätige Jugend Berlin sollen ihren Ausgang finden in einer großen Rundgebung für gewerkschaftliche Jugendarbeit am Sonntag, dem 25. März d. J., vormittags 11 Uhr, im „Mercedes-Palast“, Neukölln, Hermannstraße. In der Gewerkschaftsbewegung gibt es keinen Gegensatz zwischen jung und alt. Unter gleichem wirtschaftlichen Druck stehend, streiten sie Schulter

an Schulter für die Verbesserung ihrer Lebenslage. Das soll auch die Rundgebung zum Ausdruck bringen, an der teilzunehmen unsere Kollegen hiermit eingeladen werden.

Arbeiterstenographentag in Dresden. Wie uns zwecks Veröffentlichung mitgeteilt wurde, versammelte sich an den diesjährigen Ostertagen die Vertreter des Arbeiterstenographenverbandes für das deutsche Sprachgebiet zu ihrer zweiten Verbandstagung in Dresden. Der Grundstein des Verbandes wurde vor zwei Jahren in Magdeburg gelegt, indem sich die Arbeiterverbände nach Stolze-Schren, Stenotachygraphie und Nationalstenographie zusammenschlossen, um gemeinsam für die Schaffung einer Volksschrift auf der Grundlage der Einzelsturzschrift zu wirken. Der Verband ist interressystemal, neben der Einzelsturzschrift sind in ihm alle Systeme vertreten. In den verflochtenen zwei Jahren wurden in den Ortsgruppen Kurse sowohl in Einzelsturzschrift als auch im System Stolze-Schren abgehalten. Dem Dresdner Verbandstag ist es vorbehalten, neue Wege zu suchen, um der Arbeiterchaft die Kurzschrift näherzubringen. Alle diejenigen, die Interesse an dieser Frage haben, ganz gleich, ob sie ein Stenographiestem beherrschen oder nicht, wollen ihre Adresse an Georg Schulze, Heidenau bei Dresden, Albertstraße 3, einpenden.

Besuch der Arbeiterferienheime. Die Sonne steigt von Tag zu Tag höher; in der Natur fängt es an sich zu regen und bald werden wieder warme Sonnentage, grüne Wälder, duftende Wiesen und lustiges Vogelgezwirne unsern Herzen und Sinne erfreuen. Die von des Tages Mühen gelunghelich verbrauchten Volksgenossen, die von des Alltags Saß und Wirren Mühen und Abgemühen bürden nach Erholung, nach Ausspannung. Es gilt, mit Hilfe von Freizeit, Ferien und Erholung neue Kräfte für den Daseinstampf zu sammeln. Es gilt Erholung zu suchen und zu finden, soll nicht eines Tages die Schwere des Alltags sie zermürben, zusammenbrechen lassen. Die Ferienheimgenossenschaft „Naturfreunde“ mit dem Sitz in Jena, Marienstraße 4, bietet unsern Kollegen inmitten herrlicher, wahrreicher Gebirge gute Unternehmungsbedingungen für längeren oder kürzeren Ferientaufenthalt, ebenso für Wochenendausflüge. Wer dort ausruhen will vom Tages- und Daseinstampf, findet, was er zur Körper- und Nerventrägung braucht: Ruhe und Annehmlichkeit bietende stille Heime, abseits vom Trubel sogenannter „Mode-Sommerfrachten“, weite Wälder, Berge, stille Täler, sonnige Wiesen, Badegelegenheit, Ausgangspunkte für genutzliche Wanderungen und vieles andere mehr. Die Genossenschaft besitzt sechs Ferienheime und sechs Wanderheime; sieben inmitten prächtiger Schotwälder Thüringens, zwei in idyllischer, hügeliger Heidegegend und im nördlichen Seengebiet am waldbumflandenen Rörser See, eins in den Wäldern des vogelreichen Erzgebirges und eins im Reinwald bei Altenburg (Thür.). Diese Heime bieten zweckmäßig ausgestattete helle Zimmer, Wohnzimmer und Lagerzimmere, schmuckhafte und reichliche Beköstigung. Die Preise sind in jeder Hinsicht als mäßig zu bezeichnen. In der Vor- und Nachsaison besonderer Preisnachlaß. Näherer Prospekt und Auskunft jederzeit. Anfragen wolle man Bildporto beilegen.

Freie zwischen Ärzten und Krankenkassen in Berlin. Die offene und verteilte Gegenrichtung zwischen Ärzten und Krankenkassen in Berlin ist durch einen Vergleich vor dem Reichsschiedsamt bei dem Reichsversicherungsamt am 24. Februar d. J. beigelegt worden. Den Hauptstreitpunkt bildeten die Behandlungsstellen (Ambulatorien), die von den Kassen während des Arztstreits im Jahre 1923 erschlossen worden sind, und von den Ärzten seitler als „Sozialisierungsmaßnahme“ bekämpft wurden. Nunmehr sind die Berliner Ärzte bereit, in den Ambulatorien in einem gewissen Turnus mitzuarbeiten. Auch über andre Streitpunkte, u. a. das Honorar der Ärzte, wurde willige Einigung erzielt. Der Vergleich hat auch die Zustimmung der ärztlichen Reichsorganisation gefunden. Daß in der Reichshauptstadt nunmehr endlich friedliche Zustände auf diesem wichtigen Gebiete der Volksgesundheitspflege eingetreten sind, wird allseitig begrüßt.

Berufszugehörigkeit der Konsumvereinsmitglieder. Die in der Veröffentlichung begriffenen Jahresfeststellungen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine für 1927 sind in verschiedener Hinsicht interessant. Das gilt auch für die bei Schluß der Geschäftsjahre der angeschlossenen Konsumvereine ermittelte Berufszugehörigkeit der Mitglieder. Die Berufstatistik erstreckt sich auf 2 885 000 Mitglieder der bestehenden Vereine. Von diesen waren 2 568 000 männlichen Geschlechts. Die stärkste Gruppe bilden die gegen Gehalt und Lohn beschäftigten Personen in gewerblichen Betrieben mit 1 070 000 oder 68,28 Proz. der zur Berufstatistik herangezogenen Mitglieder. Die nächststärkste Gruppe bilden die Personen ohne bestimmten Beruf (Privatiers, Altersrentner usw.) mit 323 000 oder 11,21 Proz. der Mitgliedschaft. Hierauf folgt die Gruppe der Angehörigen der freien Berufe, Staats- und Gemeindebeamte mit 207 000 oder 9,25 Proz. der zur Berufstatistik herangezogenen Mitglieder. Die landwirtschaftliche Gruppe bilden die Personen ohne bestimmten Beruf (Privatiers, Altersrentner usw.) mit 323 000 oder 11,21 Proz. der Mitgliedschaft. Hierauf folgt die Gruppe der Angehörigen der freien Berufe, Staats- und Gemeindebeamte mit 207 000 oder 9,25 Proz. der zur Berufstatistik herangezogenen Mitglieder. Die landwirtschaftliche Gruppe bilden die Personen ohne bestimmten Beruf (Privatiers, Altersrentner usw.) mit 323 000 oder 11,21 Proz. der Mitgliedschaft. Hierauf folgt die Gruppe der Angehörigen der freien Berufe, Staats- und Gemeindebeamte mit 207 000 oder 9,25 Proz. der zur Berufstatistik herangezogenen Mitglieder. Die landwirtschaftliche Gruppe bilden die Personen ohne bestimmten Beruf (Privatiers, Altersrentner usw.) mit 323 000 oder 11,21 Proz. der Mitgliedschaft.

Versehiedene Eingänge

Jugend-Verband. Adre: Postfach 400, bis 450, Taubend. 3. Januar 1928. Von **Walter W. W. W.** in **Wanau** (Sachsen) und **W. W. W.** in **Wanau** (Sachsen) ist ein **Handbuch** für alle diejenigen, die als Helfer oder Angehöriger in der Jugendbewegung tätig sind. Man führt beim Lesen jeder Seite des Buches, das es aus der Praxis der Jugendvereinsarbeit entnommen und für diese Praxis bestimmt ist, sehr anregendes Material, das es jedem Helfer leicht ist, in dem selben **Handbuch** zu finden. Das Buch wird **herbert** die **Veröffentlichung** finden.

Herbert W. W. W. Seitwärts für **Buchdruckerei, Buchbinderei, Buchhandel und Buchgewerbe**. Herausgeber: **Engel** in **Stettin**, 1928, Märzheft.

„Graphische Revue.“ Eine Zeitschrift für das Buchgewerbe...

„Die graphische Revue.“ Monatlich-illustrierte Zeitschrift für graphische Tätigkeiten...

„Die Revue.“ Zeitschrift für Gemeinheitspolitik und Politik...

„Kulturwille.“ Monatsblätter für Kultur der Arbeiterklasse...

„Der Klassenkampf.“ marxistische Blätter, Herausgeber Max...

Storben

In Augsburg am 14. März der Buchdrucker Friedrich Engel...

In Karlsruhe am 14. März der Seberinvalide Albert Reiss...

In Kassel am 11. März der Buchdrucker Eugen Reichen...

In Kiel am 14. März der Buchdruckerbesitzer Max...

In Rostock am 21. März der Stereotypenmeister Heinrich...

In Weimar am 5. März der Seber Georg D. O. Lietz...

In Weimar am 7. März der Seber Heinrich A. Li...

In Weimar am 7. März der Seber Heinrich A. Li...

In Weimar am 7. März der Seber Heinrich A. Li...

Briefkasten

G. R. in E. Vollen Dank für einwandfreie Zeitschrift...

Das Strafverbot wegen ungenügender Freimachung hätte auch...

Verbandsnachrichten

Verbandsbüreau: Berlin SW 61, Dreißendstraße 5...

Adressenveränderungen

Guernsmiede, Vorländer: Karl Ratus, Äckerstraße 32/33...

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelagte Adresse):

Verammlungstermine

Erntedruckerverein in Lina Mittwoch, den 20. März...

Anzeigenpreise: 15 Pf. die nebengefaltene Millimeterhöhe...

Anzeigen

Annahmeschluss: Montag und Donnerstag früh für die jeweilig nächst...

60 Jahre Bezirksverein Bromberg. Die Feste dieses Jubiläums findet an den beiden Pfingst...

Für Ausmerende und für Verbandsjubilare das geeignetste Geschenk. DIE KLEINE VERBANDSGESCHICHTE

Gasuhren. automatische, für Gemächlichkeit, liefert Franz Mühl, Stuttgart...

Friedr. Eggstein. Am 14. März verstarb nach kurzer Krankheit ein in Folge der Gesichtstiefe unfer lieber Kollege...

24. Juni: Stereotypentag in Köln

„Präsident“ Herrenkleider-Vertrieb. Fertige und nach Maß. Für Frühjahr und Sommer ist jetzt alles reichhaltig fortier...

Messingoboler. Kalkulator! gelearnter Seher, gem. u. gewöhnlich in Berechnung, Korrespond...

Arthur Blum. Nach langer Krankheit verstarb am 10. Februar in Graubünden unfer lieber Kollege...

Brandenburgischer Maschinensekretärverein. Achtung! Maschinensekretärskurs!

Zigaretten. ein Laster zu null. Zeronth 5 Pf. Thadmor 4 Pf. Arbeitersportler 4 Pf.

Karl Hoff. Am 16. März verschied plötzlich unfer lieber Kollege, der Maschinenseker...

Hubert Stöckmann. Nach langer Krankheit verstarb am 16. März im Alter von 66 Jahren unfer lieber Kollege...

Verein Leipziger Drucker. Mittwoch, den 28. März, abends 7 1/2 Uhr, im Restaurant „Goldene Säule“...

Geschäftsführer. absolt erfahrene, seriöse Herren für Filialen einer Graphischen. Betriebs-Gesellschaften in allen Ortschaften des Reiches gesucht...

Klemens Schmidt. Nach längerem Leiden verstarb am 16. März im Alter von 66 Jahren unfer lieber Kollege...

Johann Hande. Nach 16-jähriger Krankheit verstarb am 17. März unfer lieber Kollege...

Die Meisterprüfung im Buchdruckgewerbe. 10. Aufl., von J. V. Lindl, Mitglied der Meisterprüfungskommission...

Sonig. Gar. rein. echter heller Lindenblüten. wird von jedem Kenner wegen seiner hervorragenden Qualität bevorzugt...

Heinrich Lubes. Nach längerem Leiden verstarb am 21. März unfer lieber Kollege...

Hans Kaden. Nach langem Leiden verstarb am 17. März unfer lieber Kollege...

Verlag: Zentralverwaltung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, G. m. b. H., Berlin SW 61, Dreißendstraße 5 + Fernamt für den Bereich: Berlin, Amt Bergmann 1191, 3141-3145 + Druck: Buchdruckverlag, G. m. b. H., Berlin SW 61, Dreißendstraße 5